

Von der Zinskaserne zum Haus der Gemeinschaft.

„Es sollen nicht mehr Kinder da sein, die ihre Tage nicht erreichen, oder Alte, die ihre Tage nicht erfüllen. — Sie werden Häuser bauen und sie bewohnen; sie werden Weinberge pflanzen und derselben Früchte essen. — Sie sollen nicht bauen, daß ein anderer bewohne, und nicht pflanzen, daß ein anderer esse.“

Diese Worte des Propheten Jesaias stehen in großer, klarer Schrift im Festsaale der Siedlung „Rosenhügel“ in Wien über den drei Türen, die in diesen von sozialistischen Künstlern monumental geschmückten Raum führen. Die Künstler haben, als sie diesen Spruch wählten, nicht nur dem Wollen der sozialistischen Siedler Ausdruck gegeben, — sie haben den Inhalt der Arbeit der neuen Rathhausmehrheit, sie haben die sozialdemokratische Wiener Gemeindepolitik gekennzeichnet: Die Arbeiter sollen, soweit die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung zur Verwirklichung dieses Ideals beitragen kann, nicht mehr für andere bauen, sondern für sich selber, sie sollen schaffen für die Gemeinschaft.

Ein großes Gemeinschaftswerk ist die soziale Fürsorge, ist die Schulreform, ein nicht minder großes ist die Schaffung der vielen modernen Wohnungen durch die Gemeinde Wien. Um es gleich im voraus zu sagen: im Jahre 1927 werden es, nach Fertigstellung des großen Wohnbauprogrammes vom Jahre 1923, das den etappenweisen Bau von 25.000 Wohnungen vorsah, mit den schon früher geschaffenen insgesamt 32.324 Wohnungen sein, was der Erbauung einer großen Stadt mit 120.000 Einwohnern gleichkommt. Die übergroße Mehrzahl dieser Wohnungen, alle in den letzten Jahren gebauten, sind sehr modern gestaltet und ihre Schaffung ist tatsächlich nichts geringeres als eine Revolution auf dem Gebiete des Kleinwohnungswesens.

Denn wenn auch die Masse der Arbeiter in allen Großstädten, in allen Industriegebieten schlecht wohnt, wenn auch die kapitalistische Boden- und Bauspekulation überall Wohnungselend schuf, — in Wien war es so groß und so kraß, daß es sprichwörtlich geworden war. Schon in der Vorkriegszeit war in Wien die Wohnungsnot so schlimm wie in kaum einer zweiten Stadt der Welt. Von 1000 Wohnungen waren etwa sechs frei; es gab also keinen Wohnungsüberschuß. Von den im Jahre 1917 als benützt gezählten 546.296 Wohnungen waren 29.483 einfenstrige Räume (Kabinette), 10.294 mehr als einfenstrige Räume (Zimmer) ohne sonstigen Zubehör, bestanden 36.775 Wohnungen aus Kabinett und Küche, 9031 aus Küche, Zimmer und Vorraum, 184.999 aus Zimmer und Küche, 108.273 aus Zimmer, Kabinett und Küche, 20.628 aus Zimmer, Kabinett, Vorraum und Küche. Von 546.296 benützten Wohnungen waren nicht weniger als 399.483 Kleinwohnungen, — wobei eine Dreizimmerwohnung schon als große Wohnung angesehen wird. Viele dieser Wohnungen waren Kellerwohnungen, viele hatten keine anderes Licht als das durch fälschlich den



Der Fuchsenfeldhof.

Namen „Lichthof“ führende Schächte zu ihnen gelangende. Die Wasserleitung liegt bei mehr als 92 Prozent aller Kleinwohnungen außerhalb der Wohnung. In den typischen Wiener Zinskasernen hatten die Küchen nur indirekte Belichtung von einem das ganze Stockwerk durchlaufenden Gange aus. Und diese kleinen, unzulänglichen Wohnungen waren sehr teuer. Gut ein Viertel seines Lohnes mußte der Arbeiter, der Lehrer und kleine Beamte für die Bezahlung dieser Wohnung aufwenden. Eine solche luft- und lichtlose Proletarierwohnung, aus Zimmer und Küche bestehend, kostete durchschnittlich 30 Goldkronen monatlich. Und da viele Proletarier diesen Zins nicht erschwingen konnten, gaben sie einen Teil dieser ohnehin zu kleinen Wohnung an Untermieter ab, und andere, die noch elender lebten, mieteten sich als Bettgeher oder Bewohner des Kabinetts ein. — Den Proletariern der Städte sagen solche Schilderungen nichts Neues, die Arbeiter kennen solches Wohnungselend vielfach aus eigener Erfahrung. Sie sind leider schon so daran gewöhnt, in drückender Enge zu wohnen, daß ihnen oft gar nicht als Wohnungselend erscheint, was eine Wohnungsschmach ist. — Aber wer solches Wohnungselend kennt, der vermag sich wenigstens vorzustellen, welche Formen es annahm, als nach dem Kriege zehntausende neuer Ehen geschlossen wurden, zehntausende neugegründeter Familien nach eigenem Haushalte sich sehnten und keine Möglichkeiten dazu fanden, da viele Jahre hindurch nicht gebaut worden war.

Wirtschaftselend der Nachkriegszeit und das Mieterschutzgesetz hinderten das Aufleben der privaten Bautätigkeit. Das Mieterschutzgesetz mußte auf-

recht erhalten werden, weil die Löhne der Arbeiter, die Bezüge der Angestellten ihm angepasst waren, jede Erhöhung der Mieten — und die Mieten wären in der Zeit der krassesten Wohnungsnot zu Wahnsinns Höhen emporgetrieben worden — zu wilden Wirtschaftskämpfen geführt hätte. Andererseits legte aber der Bestand des Mieterschutzes der Gemeinde die Pflicht zum Wohnbau auf und schuf zugleich die Voraussetzungen dazu. Das noch heute unveränderte Mietengesetz vom Jahre 1922 setzt den Mietzins zusammen aus dem Grundmietzins (der mit dem halben Jahresmietzins für 1924, natürlich in Papierkronen, festgesetzt ist), aus dem Instandhaltungszins, der das 150fache des Jahresmietzinses für 1914 (in Papierkronen) beträgt, und aus den Betriebskosten (Wasser-, Kanalräumungs-, Rauchfangkehrer-, Beleuchtungs- und Versicherungsgebühren), die monatlich verrechnet und prozentuell auf die Mieter des Hauses aufgeteilt werden. — Für eine aus Zimmer und Küche bestehende Arbeiterwohnung, für die im Frieden durchschnittlich 30 K gezahlt werden mußten, werden jetzt nach den Bestimmungen des Mietengesetzes, 10.515 öst. Kronen bezahlt, das sind ungefähr fünf tschechische Kronen. Weil die Mieten also tatsächlich sehr niedrig sind, so niedrig, daß sie auch für sehr schlecht entlohnte Arbeiter erschwingbar sind, konnte die Gemeinde, ohne die proletarischen Mieter schwer zu belasten, allen Mietern eine Wohnbausteuer auferlegen, deren Erträgnis ausschließlich zum Bau neuer Wohnungen verwendet wird. Die Wohnbausteuer ist gestaffelt, je nach der Höhe des Vorkriegsmietzinses; sie steigt progressiv in 18 Stufen vom 300fachen bis zum 6000fachen Friedenszins und beträgt bei einem Vorkriegszins von 30 Kronen nur 10 Schilling und 80 Groschen, also rund 50 tschechische Kronen. Mietzins und Wohnbausteuer zusammen erfordern also einen Jahresaufwand von 110 tschechischen Kronen jährlich! Der Grundsatz, daß jeder Wohnungsinhaber einen Beitrag zur Schaffung neuer Wohnungen für die noch Wohnungslosen leisten muß, — der Inhaber einer kleinen Wohnung einen geringeren, der Besitzer einer großen Wohnung einen höheren, hat sich widerspruchslos durchgesetzt. Die Wohnbausteuer ist eine Steuer, die nicht unpopulär ist.

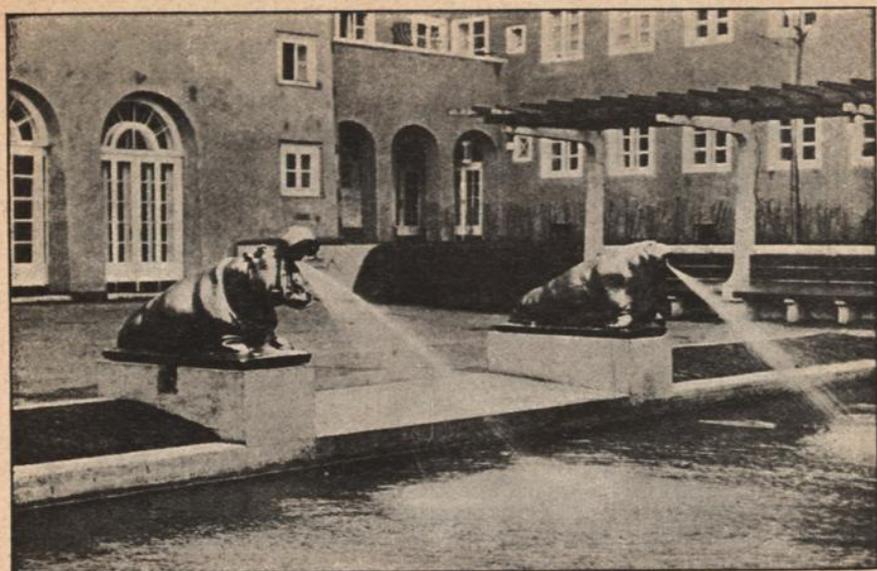
Man vergleiche mit der sozial gerechten Wiener Wohnbausteuer die Art, wie in der Tschechoslowakei die Wohnungsnot beseitigt werden soll! Das geplante tschechoslowakische Wohnungsgesetz will innerhalb weniger Jahre die Mieten schablonenhaft auf das fünf- bis sechsfache steigern und dann den Mieterschutz vollständig aufheben. Wohl soll aus den Mehrerträgnissen an Mieten ein staatlicher Baufonds gespeist werden, — aber hier will man keineswegs den Hausbesitz besteuern, sondern nur eine verzinsliche Zwangsanleihe einführen! Den Hausbesitzern soll die Möglichkeit zu freier Ausbeutung der Mieter gegeben, der Baufonds, der zur Kreditgewährung an Private bestimmt ist, soll von den Mietern aufgebracht werden! Also nicht die Gesamtheit soll die Mittel für das Bauen von Wohnungen für die Gesamtheit aufbringen, was natürlich nur Sinn hätte bei stärkerer Heranziehung des Besitzes, — sondern den privaten Vaulustigen, den Spekulanten, soll das Bauen ertragreicher Wohnhäuser auf Kosten der Masse der armen Mieter ermöglicht und auf jeden Fall den großen Hausbesitzern wieder zu einem genussfrohen Parasitendasein verholfen werden. Kein Fünkchen eines sozialen Gedankens lebt in diesem geplanten Wohnungsgesetz!

Die Gemeinden, für welche schon unser Zetschener Parteitag das Recht zur Einführung einer progressiven Wohnbausteuer gefordert hat, werden überhaupt ausgeschaltet. — Daß, wenn das geplante Gesetz Wirklichkeit wird, an ein Bauen von Wohnungen nach dem Wiener Vorbild nicht zu denken ist, ist selbstverständlich.

Die Wohnungspolitik der Wiener Sozialdemokratie ist in vieler Beziehung etwas Großes, etwas unerhört Neues. Die Grundrente ist beseitigt, — denn da kein Privater bauen kann, kauft niemand Baugrund, ist die Spekulation mit dem Boden unmöglich geworden, und jeder Verkauf wird zudem durch die Wertzuwachssteuer zu einem schlechten Geschäft, und so konnte die Gemeinde die wertvollsten Baugründe im Stadtgebiete erwerben zu Preisen, die nur einen Bruchteil des Friedenswertes ausmachen. Vom Umsturz bis Ende 1924 waren es nicht weniger als 7,333.000 Quadratmeter Boden, — und seither wurden die Grundkäufe ununterbrochen fortgesetzt. Ein Viertel des Wiener Bodens gehört jetzt der Gemeinde! — Und die Hausherrenrente ist beseitigt, denn der Hausbesitzer hat nun tatsächlich nichts von seinem Hause, als etwa die Freude des Besitzes, die aber gerade durch den Wegfall jeglichen Ertrages sehr beeinträchtigt wird. Daß es keine Hausherrenrente mehr gibt, daß das Haus seinem Eigentümer nichts mehr trägt, wird natürlich von den Hausbesitzern sehr hart empfunden. Früher konnten sie sorglos leben vom Hausbesitz! Denn es handelt sich ja in der überwiegenden Mehrzahl um große Zinskasernen, um Bauten, die ausschließlich zum Zwecke möglichst großen Zinsertrages gebaut worden sind, ohne jede Rücksicht auf die Kulturbedürfnisse ihrer Bewohner. Solcher Spekulationsbau wird aber, wenn es der Kraft der österreichischen Sozialdemokratie gelingt, den Sturz des Mieterschutzes, das ersehnteste Ziel der Christlichsozialen, zu verhindern, und wenn damit der Gemeinde die Möglichkeit zur Fortsetzung ihrer Wohnungspolitik gegeben wird, für alle Zukunft unmöglich. Ist einmal die Wohnungsnot überwunden, und der ununterbrochene Bau von Wohnhäusern durch die Gemeinde wird sie überwinden, dann kann nicht mehr so gebaut werden, wie in der Vorkriegszeit. Niemand wird mehr in solchen Elendswohnungen hausen wollen. Und so wie die Gemeinde kann der Private nicht bauen, weil sich solche Bauten für ihn nicht rentieren.

Denn die Gemeinde Wien verbaut nur ungefähr fünfzig Prozent des Baugrundes. Fünfzig Prozent werden für Innenhöfe freigelassen, für Höfe, die gärtnerisch ausgestaltet sind und den Kindern prächtige Spielplätze bieten. Diese Höfe in den städtischen Bauten allein schon sind Sehenswürdigkeiten! Und auch der verbaute Raum wird nicht durchwegs für Wohnungen ausgenützt. In vielen der gewaltigen Baukomplexe, die oft Tausenden Obdach geben, sind Bäder, Tagesheime für die Kinder, Bibliotheken, Turnsäle, Versammlungsräume untergebracht. Wird je ein Privatraum auf solchen „Lurus“ bedacht sein?

Spielhöfe für die Kinder! Nur wer großstädtisches Kinderelend kennt, weiß sie wirklich zu schätzen. Der Spielplatz der Proletarierkinder der großen Städte ist die Straße. Die Höfe? O, wie klein, wie armselig, wie dumpf und lichtlos sind sie! Und die Kinder sollen und dürfen ja gar nicht in diesen

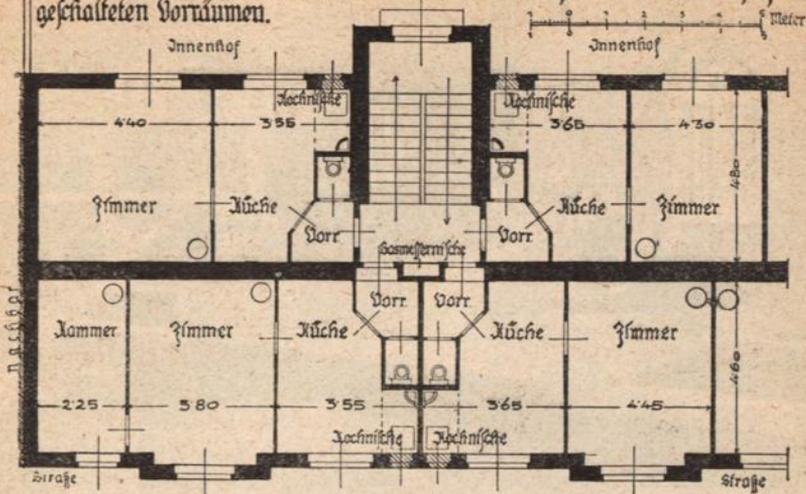


Plantschbeden im Fuchsenfeldhof.

Höfen spielen, dürfen es nicht auf den Stiegen und Gängen. Spielende Kinder lärmen ja! Kinderlärm aber verträgt der Großstädter nicht so leicht wie den Lärm der Straßenbahnen und der Autos, — besonders dann nicht, wenn er mehrfacher Hausbesitzer ist. Darum nahmen die Herren Hausbesitzer am liebsten nur kinderlose Parteien oder Parteien mit wenig Kindern gnädig in ihre Häuser auf. Und daß sich die Kinder im Hofe herumtrieben, duldeten sie natürlich erst recht nicht. Die Kinder mußten entweder in den engen Stuben hocken oder auf die Straßen gehen, wenn sie spielen wollten. Denn die Zahl der Kinderspielfläche war gering, die Plätze waren auch oft zu weit entfernt von den Wohnungen. Die Straße aber ist ein gefährlicher Spielplatz. Nicht nur wegen des starken Wagen- und Autoverkehrs. Auch die sittlichen Gefahren der Straße sind ungeheuer. Aber freilich: für die Menschen, deren Moral die Wohnungsenge und die schlimme Geselligkeit der Straße zerbrochen hatte, gab es dann Polizei, Gerichte und Gefängnisse. Die bürgerliche Gesellschaft wußte sich schon vor ihren Dpsfern zu schützen!

Und nun ist für viele tausend Kinder, für die glücklichen, die in den neuen städtischen Häusern heranwachsen, diese Gefahr beseitigt. Sie können in den großen, weiten Höfen spielen. Hat die Gemeinde Wien, indem sie die Wohnungsnot bekämpfte, durch die Art, wie sie baute, nicht auch den Kampf gegen die Not des Großstadtkindes aufgenommen? Ist hier nicht auch der Weg vorgezeichnet, den alle Großgemeinden beschreiten müßten? Das Kind ist nicht mehr in die Stube gebannt und doch nicht auf die Straße angewiesen. Es ist auch nicht ohne Aufsicht, da in vielen dieser Großhäuser

Wohnhaustype der Gemeinde Wien mit direkt belichteten u. belüfteten Wohnräumen, Küchen mit Kochinseln, überlichteten und direkt überlüfteten Aborten und zwischen-gefallenen Vorräumen.



Kindergärten eingerichtet wurden. — Und die Kinder sind in den städtischen Häusern nicht selten, da ja wohnungsbedürftige kinderreiche Familien vor den kinderarmen und kinderlosen bevorzugt werden.

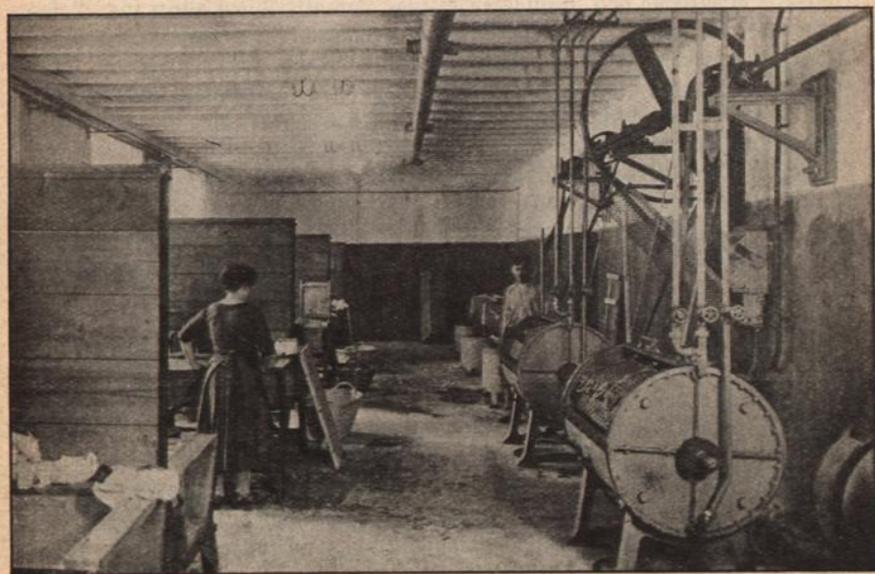
Dass den Kindern diese schönen Spielhöfe gegeben wurden, dass ihnen damit Luft und Sonne gegeben wurde — und dass die Wohnungen, in denen sie heranwachsen, gesundheitlich einwandfrei sind, das ist auch ein Stück sozialer Fürsorge, ist wertvollste, weil vorbeugende Krankheitsbekämpfung, ist ein Grundpfeiler des Aufbaues der Volksgesundheit.

Die neuen Wohnungen sind tatsächlich ganz andere als alle Kleinwohnungen, die je von Privaten in Wien gebaut wurden. Abort und Wasserleitung sind ausnahmslos in der Wohnung. Jeder Wohnraum, also auch jede Küche, empfängt direktes Tageslicht. Jede Wohnung hat harten Fußboden, jede elektrisches Licht und einen Gasofen. Jede einen kleinen Vorräum. Die Küchen sind Wohnküchen. In allen größeren Wohnbauten sind maschinelle Dampfwaschereien mit Trocknungsanlagen, Einspritzungsvorrichtungen und elektrisch betriebener Wäschemangel geschaffen worden. In vier bis fünf Stunden ist die Wäsche einer fünfköpfigen Familie gewaschen und getrocknet und gemangelt.

Wer mäkelhaftig ist, kann natürlich auch an diesen Wohnungen noch allerlei aussetzen. Man kann zum Beispiel jeder Arbeiterfamilie mindestens zwei Wohnräume außer der Küche wünschen, man kann für jede Wohnung ein Bad verlangen. Einzuwenden ist natürlich gegen solche Forderungen gar nichts. Aber die Gemeinde Wien stand vor der Aufgabe, in möglichst rascher Zeit möglichst viele Wohnungen zu schaffen, und zwar möglichst viele Kleinwohnungen, die sie gegen Mieten abgeben kann, die nicht allzu hoch sind gegenüber den Mieten in den



Wohnküche.

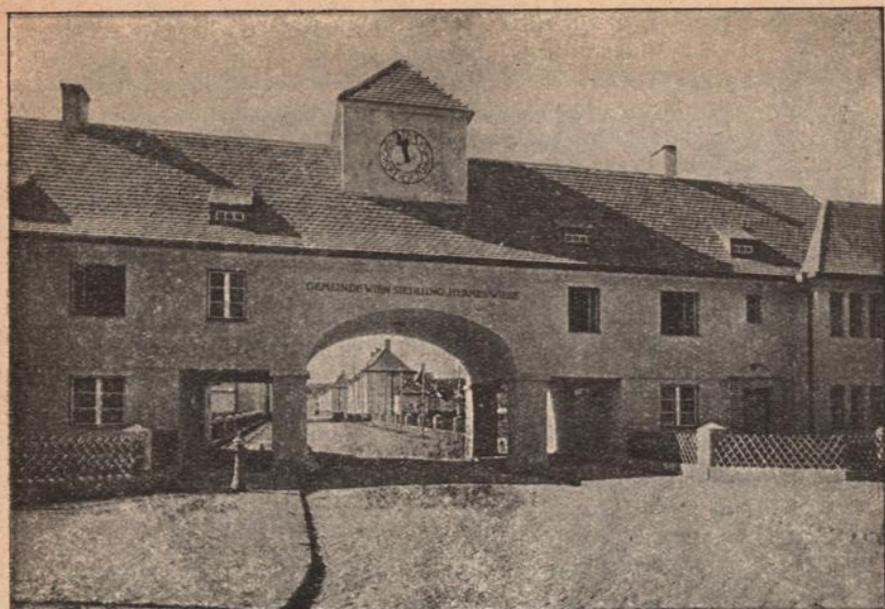


Waschküche im Fuchsenseldhof.

anderen Häusern, die durch das Mieterschutzgesetz bestimmt sind. Und diese Aufgabe hat sie zum großen Teile schon gelöst. Die Mieten sind niedrig. Unsere Arbeiterabordnung, die viele dieser Häuser besichtigte, hat sich, ohne daß ihr der wohlmeinende Rat der kommunistischen Blätter bekannt gewesen wäre, in die Zinsbücher Einsicht zu nehmen, überall nach der Höhe der Miete erkundigt. Bei den Mietern natürlich. Und sie kann sagen, daß unsere Arbeiter glücklich wären, wenn sie ähnlich schöne Wohnungen für ähnlichen Preis bekommen könnten. Je nach Größe und Lage der Wohnung beträgt der Mietzins 11 bis 26 Groschen monatlich für den Quadratmeter. Eine Wohnung, die aus Zimmer, Küche, Vorraum und Abort besteht, umfaßt 35 Quadratmeter. Für eine solche Wohnung sind, wenn man den Preis des Quadratmeters mit 20 Groschen annimmt, monatlich sieben Schilling zu zahlen, das sind nicht ganz 35 tschechische Kronen. Die Betriebs- und Instandhaltungskosten sind in diesem Mietpreise enthalten. Andere Zahlungen sind nicht zu leisten.

Für diese Wohnbauten hat die Gemeinde ungeheuerere Summen ausgegeben. Im Jahre 1923 waren es 53 Millionen Schilling (265 Millionen tschechische Kronen), 1924 schon 130 Millionen Schilling (650 Millionen tschechische Kronen), 1925 waren es 173 Millionen Schilling (865 Millionen tschechische Kronen) und für 1926 sind vorgesehen 192 Millionen Schilling (960 Millionen tschechische Kronen). Was können unsere armen Gemeinden für solche Zwecke aufwenden? Was tut der Staat? Fast eine Milliarde tschech. Kronen gibt die Gemeinde Wien im Jahre 1926 für Wohnhausbauten aus! Man vergegenwärtige sich die Größe dieser Summe, indem man sich vor Augen halte, daß der gesamte Staatsaufwand der Tschechoslowakei annähernd drei Milliarden beträgt, daß also Wien allein für Wohnhausbauten in einem Jahre einen Betrag verwendet, der einem Drittel des tschechoslowakischen Budgets gleichkommt! — Rund tausend der im Bauprogramm des Jahres 1923 vorgesehenen 25.000 Wohnungen sind Siedlungsbauten. Für diese Siedlungsbauten stellt die Gemeinde den Baugrund kostenlos gegen mäßigen Baurechtszins zur Verfügung, sie gewährt 85 Prozent der Baukosten zinsfrei.

Es wäre ungemein verlockend, hier auch einiges über die Architektur der städtischen Wohnhäuser zu sagen, an denen ja die besten und bekanntesten Architekten ihr Können zeigten, so daß diese Bauten einen ganz neuen Ton in das Stadtbild brachten, — doch ist es wichtiger, über die Möglichkeiten dieser Wohnungspolitik und über ihre Wirkungen zu sprechen. Sie war nur möglich dank der Klugheit und Weitsicht des Wiener Proletariates. Haß und Verleumdung der bürgerlichen und der kommunistischen Gegner haben von allem Anfang an das große Werk verfolgt. Als „sozialdemokratischer Wahlschlager“ wurde das Programm von 1923 bezeichnet und die Ungebuld der Wohnungsuchenden wurde zu wecken versucht. Aber die Wiener Arbeiter vertrauten ihrer Partei. Es entstand keine Panik der Ungebuld, weil nicht sofort alle Wohnungsuchenden Wohnungen bekommen konnten. Die Arbeiter gaben den Vertrauensleuten, die sie mit der Verwaltung der Stadt betraut hatten, Zeit zur Arbeit, und so konnte ungehindert an dem herrlichen Werk geschaffen werden.



Eingang zur Siedlung Hermeswiese.



Siedlung Hermeswiese.

Am 29. Juni 1926 wurde der Grundstein zu jenem Häuserblock gelegt, der die fünfundsanzigttausendste Wohnung enthält. Damit wird das am 21. September 1923 beschlossene Bauprogramm vollendet. Wie haben die Christlichsozialen diesen gewaltigen Plan, dieses Programm, dem keine andere Großstadt ein ähnliches an die Seite stellen kann, verhöhnt, wie haben sie es zu verkleinern, wie haben sie es verächtlich zu machen versucht! Und nun ragen in fast allen Bezirken Wiens die stolzen, schönen Wohnbauten, Wahrzeichen sozialistischer Willens und Könnens, heraus aus dem öden Meer kapitalistischer Zinskafernen, Keimzellen der Gemeinschaft das Neue Willender und Schaffender inmitten der alten Umwelt!

Die Gemeinde Wien schafft nicht nur Wohnungen. Sie schafft durch ihre reiche Bautätigkeit auch Arbeit. Hunderttausenden hat sie in diesen Jahren ununterbrochenen Bauens Arbeit gegeben. Um wieviel größer wäre das Elend des Wiener Proletariates ohne diese doppelt produktive Arbeitslosenfürsorge!

Und die Wirkungen der sozialistischen Wohnungspolitik? Das Wohnungselend ist selbstverständlich noch lange nicht beseitigt, aber es ist doch schon wesentlich gemildert. Die Zahl der Obdachlosen ist nur noch ganz gering. Früher hat die Gemeinde nicht ausgereicht mit ihren Möglichkeiten zur Unterbringung Obdachloser. Jetzt kommt sie mit einem Obdachlosenheim aus, in dem zur Zeit unseres Besuches 19 Familien untergebracht waren. — Die Zahl der Untermieter geht zurück, das gesundheits- und moralschädigende Bettgerwesen nimmt ab. Die Wohnung ist billiger geworden als eine Bettstelle und in Tausenden, die früher widerspruchslos und vielfach gedankenlos sich mit dem Schicksal, Untermieter zu sein, abgefunden hatten, ist die Sehnsucht nach einer eigenen Wohnung wachgeworden.

Von ungeheurer, heute kaum geahnter Zukunftswirkung muß die Wohnungspolitik der roten Gemeindeverwaltung sein. In Zehntausenden weckt sie Versehen für Wohnkultur. Sie macht das gesamte Wiener Proletariat in schönster Art unzufrieden, erweckt edle Begierde nach menschenwürdigem Leben und Wohnen in den Herzen aller. Und sie sorgt für die Revolutionierung gewaltiger Massen. Ein neues Geschlecht wächst heran in diesen neuen Wohnungen, ein Geschlecht, das von Jugend auf an Licht und Luft und Sonne gewöhnt ist und, da es in Wohngemeinschaften heranwächst und weiß, daß seine lichtdurchfluteten Wohnungen Werk der Gemeinschaft sind, nicht müde werden wird, dafür zu kämpfen, daß Licht und Luft und Sonne allen Menschen zuteil werden.